

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 15. Februar 2018, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Andreas Kübli Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Adrian Christen, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Patrick Graber, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Lukas Rohr, Sandra Rupp, Eveline Salzmann, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Markus van Wijk, Daniela Weber (ab Traktandum 5), Till Weber, Simon Werren, Andreas Zwahlen
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler (ab Traktandum 5)
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Laura Erni
Entschuldigt	Stadträtinnen Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Nicole Krenger sowie Stadtrat Samuel Bühlmann
Schluss der Sitzung	19:15 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell heisst er Susanne Gygax willkommen und wünscht ihr alles Gute in ihrem neuen Amt als Stadträtin.

8. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 19. Januar 2018

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

9. Stadträtliche Kommissionen

BRK Vizepräsidium: Ersatzwahl von Daniela Huber Notter anstelle von Franz Schori

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der Präsidienkonferenz, beschliesst:

Wahl von Daniela Huber Notter (BDP) per sofort als Vizepräsidentin der Budget- und Rechnungskommission anstelle des aus dieser Funktion zurück getretenen Franz Schori (SP).

10. Reglement über die Spezialfinanzierung Investitionen. Überprüfung / Teilrevision 2018

Einsetzung einer stadträtlichen Spezialkommission

Bericht des Gemeinderates Nr. 4/2018

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 35 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 17. Januar 2018, beschliesst:

Einsetzung einer stadträtlichen Spezialkommission für die Überprüfung / Teilrevision des Reglements vom 10. Mai 2007 über die Spezialfinanzierung Investitionen (SSG 62.3) mit folgenden Mitgliedern:

- Serge Lanz, SVP/FDP, Präsident
- Daniela Huber Notter, BDP, Vizepräsidentin
- Samuel Bühlmann, SP
- Thomas Hiltbold, Grüne
- Andreas Kübli, FdM
- Lukas Lanzrein, SVP/FDP
- Carlo Schlatter, SVP/FDP
- Verena Schneiter, FdM
- Franz Schori, SP

11. Aufsichtsstelle für Datenschutz

Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts 2017 des Datenschutzbeauftragten

Bericht des Gemeinderates Nr. 5/2018

Der Rat beschliesst einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 15 Absatz 3 des Datenschutzreglements und nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 26. Januar 2018, beschliesst:

Der Tätigkeitsbericht 2017 des Datenschutzbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

12. Interpellation I 25/2017 betreffend No Billag-Initiative und die Konsequenzen für die Stadt Thun

Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 16. November 2017; Beantwortung

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, ist mit der Beantwortung teilweise zufrieden und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, wünscht sich, die vom Gemeinderat aufgezeigten Konsequenzen der No Billag-Initiative auf die kommunale Ebene zu bringen. Er bedankt sich für die Beantwortung der Fragen und erläutert das Geschäft. Es wird kritisiert, dass der Gemeinderat im Gegensatz zu anderen Städten wie beispielsweise Biel oder Bern zu wenig Stellung bezieht. Positiv hervorzuheben ist die Anerkennung der Medienvielfalt, die für die Demokratie von zentraler Bedeutung ist. Es wird befürchtet, dass Thun mit der Annahme der Initiative nicht mehr im Zentrum des öffentlichen Interesses stehen würde. Zudem bestünde die Gefahr von zunehmenden Konzentrationsprozessen. Die Fraktion appelliert an die Thuner Bevölkerung, die für die Demokratie gefährliche Initiative abzulehnen.

Eveline Salzmann, **SVP/FDP-Fraktion**, stellt den Nutzen einer Diskussion über eine eidgenössische Initiative im Stadtrat in Frage. Diskussionen über die Initiative sind wichtig. Der Stadtrat ist jedoch nicht der richtige Ort dafür.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, ist von der Beantwortung befriedigt. Die Fraktion unterstützt die Haltung des Gemeinderates, sich nicht zu einer eidgenössischen Vorlage zu äussern, zumal Thun nicht mehr als andere Gemeinden davon betroffen ist.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, zitiert SVP-Nationalrat Erich von Siebenthal, der sich gegen die No Billag-Initiative ausspricht. Die Fraktion teilt die Haltung und ist mit der Antwort des Gemeinderates nur teilweise zufrieden. Obwohl die hohe Bedeutung der Medienvielfalt und die negativen Konsequenzen der Initiative erkannt wurden, wird die Einschätzung kritisiert, dass Thun nicht stärker betroffen sein wird als andere Gemeinden. Viele Arbeitsplätze sind gefährdet, wobei einige davon Betroffene in Thun wohnhaft sind. Eine vorgängige Analyse der Thuner Steuerdaten hätte möglicherweise zu einer anderen Einschätzung geführt. Neben den Demokratieüberlegungen ist auch der finanzielle Aspekt zu beachten. Der Gemeinderat hat Grund dazu, sich mehr in den Abstimmungskampf einzumischen. Die Initiative ist ein staatsfeindlicher Angriff gegen die Schweizer Demokratie und rechtfertigt eine Befassung auf kommunaler Ebene. Die Fraktion erwartet vom Gemeinderat, solchen Angriffen in aller Deutlichkeit entgegenzutreten.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, dankt für die Beantwortung der Interpellation. Es wird kritisiert, dass es sich bei dem Vorstoss um einen unnötigen Aufwand für die Verwaltung handelt.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, bittet die Medienvertretenden, die vorhergehenden Voten entsprechend zu drucken, um der Diskussion einen Sinn zu geben.

Der Stadtpräsident akzeptiert das bundesgerichtliche Interventionsverbot. Der Nutzen einer Diskussion über Fragestellungen, die nicht beeinflusst werden können, wird in Frage gestellt. Das demokratische

Engagement des Rates wird begrüsst. Der Stadtrat ist jedoch nicht der richtige Ort für einen solchen Austausch.

13. Interpellation I 19/2017 betreffend Verkehrssituation in Thun

SVP/FDP-Fraktion vom 24. August 2017; Beantwortung

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, ist mit der Beantwortung teilweise zufrieden und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation vom 24. August 2017 und ist damit teilweise zufrieden. Der Verkehrsversuch des Einbahnregimes war verfrüht und konnte nicht unter realistischen Bedingungen stattfinden. Einerseits war der Bypass noch nicht eröffnet, andererseits waren noch Bautätigkeiten im Gange. Die Begleitmassnahmen wurden bis heute noch nicht umgesetzt. Das System Bypass, welches erst im Gesamtrahmen mit den begleitenden Massnahmen funktioniert, erfordert Geduld. Diverse Kommunikationskanäle wurden beansprucht und haben teilweise zu Verwirrung geführt. Trotz positiven Benachrichtigungen hat sich das Chaos in der Stadt nicht aufgelöst. Der Erfolg kann dann gemeldet werden, wenn alles funktioniert. Es wird positiv hervorgehoben, dass der Gemeinderat seit dem Sommer informationstechnisch stark aufgerüstet hat, ohne zu beschönigen. Es muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Verkehrssituation in den kommenden drei Jahren weiterhin unbefriedigend sein wird. Betreffend Frage 4 und 5 muss die Lage in Bezug auf das Einbahnregime nach Abschluss der Begleitmassnahmen neu beurteilt werden. Verlegungen der STI-Linien sollen dabei ebenfalls thematisiert werden. Nur eine konsequente Umsetzung des Einbahnregimes für alle Verkehrsteilnehmenden ist zielführend. Herr Deriaz zitiert betreffend Frage 6 die Artikel 4 und 10 des Mobilitätskonzepts, wonach der Durchgangsverkehr konsequent auf dem Hauptverkehrsnetz stattfinden soll, um Wohnquartiere vom Verkehr zu entlasten. Zudem müssen Massnahmen zur Verkehrsverständigung getroffen werden. Das Hauptverkehrsnetz muss im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts definiert werden. Die Fraktion setzt sich dafür ein, dass dabei weder verkehrsberuhigende Massnahmen, noch Tempolimits ein grosses Thema sein werden. Auch weitsichtige Pläne sollen verfolgt werden.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, dankt für die Informationen. Die Bauarbeiten am Berntorplatz und Lauitorstutz werden auch in den kommenden drei Jahren Auswirkungen auf den Verkehr haben. Mit den getroffenen Massnahmen kann die Situation jedoch besser bewältigt werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Verkehrsteilnehmenden mit genügend Rücksichtnahme und einem entsprechenden Verhalten ebenfalls einen positiven Einfluss auf die Situation haben können. Erfahrungen werden zeigen, ob das Verkehrsregime mit dem Rundverkehr funktioniert. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Verkehrssituation überprüft und angepasst werden muss, falls sich eine bessere Lösung abzeichnet. Betreffend Frage 6 wird darauf hingewiesen, dass eine Hinterfragung des Verhältnisses zwischen motorisiertem Individualverkehr und öffentlichem Verkehr im Kontext des Gesamtverkehrskonzepts betrachtet werden muss.

Sandra Rupp, **SP-Fraktion**, dankt für die gründliche Beantwortung der Fragen. Die Wichtigkeit des Verhaltens aller Verkehrsteilnehmenden wird unterstrichen. Möglicherweise kann in gewissen Situationen auf das Auto verzichtet werden. Erstaunt hat insbesondere die letzte Frage und damit verbunden ein Bericht im Landbote von Stadtrat Deriaz, in dem befürchtet wird, dass der motorisierte Individualverkehr wegen der Städteinitiative der Grünen und Linken zurückgedrängt wird. Es wird daran erinnert, dass das Mobilitätsreglement vom Rat einstimmig angenommen wurde. Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, dass den Bedürfnissen der Fraktion im Reglement Rechnung getragen wird. Das Reglement funktioniert nur als Gesamtpaket.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die detaillierten Antworten. Es wird darauf hingewiesen, dass die Rechnung betreffend Rundverkehr nicht ganz aufgeht. Ein Rundverkehr für alle Verkehrsträger würde zu einem Verkehrskollaps führen. Betreffend Frage 6 wird kritisiert, dass direkt nach

Fertigstellung des Bypasses Forderungen zum motorisierten Individualverkehr gestellt werden, obwohl die Kapazitäten in der Innenstadt bereits ausgeschöpft sind.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, ist stolz auf den Kompromiss als gesetzliche Grundlage und steht dazu. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Umsetzung des Kompromisses Handlungsspielraum besteht, der diskutiert werden muss.

Gemeinderat Konrad Hädener informiert über die anstehenden Pläne und Baustellen. Es wird versucht, negative Begleiterscheinungen zu minimalisieren. Dennoch wird es zwangsläufig zu unbefriedigenden Situationen kommen. Der Gemeinderat ist offen für konstruktive Kritik und Lösungsvorschläge. Herr Hädener macht darauf aufmerksam, dass es zweimal eine fünfmonatige Bauzeit geben wird. Bei den anschliessenden Umgestaltungsarbeiten der Innenstadtachsen sollten sich die negativen Begleiterscheinungen im Rahmen halten.

14. Interpellation I 21/2017 betreffend "Wie geht es weiter mit dem Fachausschuss Bau- und Aussenraumgestaltung (FBA)?"

Fraktion der Mitte vom 24. August 2017; Beantwortung

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, ist von der Antwort teilweise befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, wünscht sich mehr Fakten und gebündelte, breitere Informationen. Ziel der Interpellation ist nicht, den Fachausschuss abzuschaffen. Vielmehr soll geklärt werden, woher die bestehenden Differenzen kommen. Es ist der Fraktion ein Anliegen, dass Sachen weiterentwickelt und optimiert werden können. Ziel des Fachausschusses ist es, in kritischen Gebieten auf Qualität und Gestaltungselemente Acht zu geben. Durch das breit abgestützte und erfahrene Gremium verringert sich die Gefahr von Einseitigkeit. Gleichzeitig wird befürchtet, dass das Festhalten von ästhetischen und qualitativen Kriterien zu einer Bürokratisierung führt, wodurch der situative Handlungsspielraum verloren geht. Gesucht sind Optimierungen in Form von messbareren Vorgehensweisen und einer zielgeführten Führung des Gremiums im Rahmen der Möglichkeiten. Positiv hervorgehoben wird die Auflistung der wichtigsten kritischen Punkte des Regierungsstatthalters Marc Fritschi. Stadtrat Baumann ergänzt, dass Bauentscheidungen wie bisher vom Bauinspektorat gefällt werden müssen. Dabei ist auf eine klare Trennung zwischen Beratung und Entscheidung zu achten. Konsultierungen des Fachausschusses sollen mehrheitlich einmalig bleiben, um endlose Verfahren zu vermeiden. Die Fraktion wünscht sich mehr Transparenz und eine bessere Faktengrundlage, indem pragmatisch Fragen beantwortet werden. Dafür ist kein Statistikprogramm nötig. Herr Baumann weist darauf hin, dass es sich bei dem FBA und einem Stadtbaumeister um zwei unterschiedliche Angelegenheiten handelt. Das defensive Verhalten des Gemeinderates wird kritisiert. Es stellt sich die Frage, ob das Planungsamt und das Bauinspektorat in einer Direktion sein müssen. Möglicherweise lässt sich die Abhängigkeit zwischen Inspektorat und Planungsamt reduzieren. Diesbezüglich wird auf die Städte Bern und Burgdorf verwiesen, die das Planungsamt der Präsidialdirektion zugeordnet haben.

Markus van Wijk, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der vielen Fragen. Die Anzahl der Fragen hätte durch das Studieren der entsprechenden Verordnung verringert werden können. Der Fraktion stellen sich einige strukturelle und prozessuale Fragen. Es wird davon ausgegangen, dass die dem FBA vorgelegten Projekte für die Stadt wichtig sind. In Anbetracht dessen ist die Bemerkung, dass es sich nur um wenige Projekte handelt, nicht ganz zielführend. Für die Fraktion ist unverständlich, dass die politische Vorgesetzte des Entscheidungsträgers gleichzeitig auch Vorgesetzte des Fachausschusses ist, was eine fehlende Kontrolle und Balance zur Folge hat. Diesbezüglich herrscht Handlungsbedarf. Empfehlungen des FBA sollen durch ein unabhängiges Bauinspektorat gewürdigt werden und dürfen nicht Empfehlungen zu verdeckten Weisungen sein. Betreffend Frage 4.2 ist fraglich, ob eine extensivere Nutzung durch das Bauinspektorat vorteilhaft wäre. Gemäss regelmässiger Kritik beschäftigt sich der Fachausschuss mit Details, die nicht in seinen Aufgabenbereich gehören. Es stellt sich die Frage, ob die Aufgaben durch den FBA entsprechend missachtet werden oder ob die Verordnung zu

wenig präzise formuliert ist. Die Fraktion ist der Meinung, dass die eigentlichen Strukturen und Prozesse grundsätzlich stimmen, aber durch die Verantwortlichen zu wenig konsequent gelebt werden.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, begrüsst im Grundsatz, dass es eine Stelle gibt, die wichtige bauliche Vorhaben beurteilt. Das Baureglement alleine reicht wegen des Interpretationsspielraumes nicht aus. Bauplanungen beinhalten neben den Nutzungen auch mögliche Auswirkungen wie beispielsweise auf die Mobilität. Um ein gutes Ergebnis zu erreichen ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, dem Planungsamt, der Baubewilligungsbehörde bis hin zum Tiefbauamt erforderlich. Insbesondere das Tiefbauamt, welches erst am Ende des Prozesses bei der Umsetzung zum Einsatz kommt, hat einen grossen Einfluss auf die Aussenraumgestaltung. Es ist wichtig, eine verantwortliche Stelle zu haben, die den Überblick behält, den Bedürfnissen und Interessen der Öffentlichkeit Rechnung trägt und für eine gute Qualität sorgt. Es stellt sich die Frage, ob der Fachausschuss das richtige Gremium dafür ist. Zudem ist fraglich, ob die Organisationsstruktur und Entscheidungskompetenzen richtig geregelt sind. Alternative Organisationsformen sind denkbar. In der Stadt Biel beispielsweise ist der Gemeinderat nicht im Fachausschuss vertreten. Es liegt ein gewisses Optimierungspotenzial vor. Der Gemeinderat wird zu selbstkritischen Überlegungen betreffend Organisation, Struktur sowie der Zusammenarbeit in der Verwaltung aufgefordert. Möglicherweise reicht der Fachausschuss alleine nicht aus, da dieser keine Verantwortung trägt. Die Chance eines Stadtbaumeisters als klare Ansprechstelle gegen aussen und als interner Koordinator wird hervorgehoben.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort und den Interpellantinnen und Interpellanten für die Auseinandersetzung mit dem Thema. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass das Bauinspektorat in gewissen Fällen entgegen der Empfehlung des Fachausschusses entschieden hat. Die Fraktion steht klar hinter einem Fachausschuss und sieht keine Alternativen. Eine alleinige Person anstelle eines fünfköpfigen, fachkompetenten und unabhängigen Gremiums aus verschiedenen Regionen ist keine Lösung. Es wird auf die kantonale Bauverordnung, das Baugesetz sowie das Baureglement der Stadt Thun verwiesen. Das Reglement gibt vor, dass eine störende Baugestaltung verhindert werden soll, indem ein Gremium geschaffen wird. Zudem sollen weder das Landschafts- noch das Strassenbild beeinträchtigt werden. Auch in der Strategie Stadtentwicklung ist zu lesen, dass die zunehmende Dichte durch hohe gestalterische Qualität der Gebäude und hochwertige Freiräume kompensiert werden müssen. Der Gemeinderat erfüllt mit dem Fachausschuss diese Ziele. Kritik und Empfehlungen des Fachausschusses können dazu motivieren, Projekte zu verbessern. Aus persönlicher Erfahrung weiss Herr Christen, dass es sich um einen Fachaustausch auf Augenhöhe und eine Chance für alle Beteiligten handelt. Es handelt sich um den richtigen Zeitpunkt, um im Rahmen der Ortsplanungsrevision Änderungsvorschläge anzubringen.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, kann nicht nachvollziehen, warum von einem fünfköpfigen Gremium gesprochen wird. Der Fachausschuss wird grundsätzlich begrüsst. Er muss sich in seiner Arbeitsweise jedoch auf Empfehlungen beschränken, damit das Bauinspektorat die nötige Handlungsfreiheit hat. Diesbezüglich ist fraglich, ob das Präsidium des Fachausschusses durch die Direktionsvorsteherin sinnvoll gewählt ist. Eine Mitgliedschaft im Fachausschuss jedoch ist nachvollziehbar. Herr Aegerter weist darauf hin, dass der Informationsfluss durch Protokolle gewährleistet werden kann. Es stellt sich die Frage, ob das Planungsamt in Zusammenhang mit Planung, Entwicklung und Marketing am richtigen Ort angesiedelt ist.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth weist auf den Auftrag des Gemeinderates hin, das kantonale Baugesetz in der Stadt umzusetzen. In Thun wird dieser Auftrag durch ein Gremium gelöst, welches eine unabhängige Meinungsvielfalt abbildet. Die Diskussion erweckt den falschen Eindruck, dass der Fachausschuss bei fast allen Baubewilligungsverfahren beteiligt ist. Frau Dumermuth weist auf die Verhältnismässigkeit des Gremiums hin. Der Fachausschuss behandelt nur 3% aller Baubewilligungsverfahren. Dabei handelt es sich um eine pragmatische und verhältnismässige Lösung. Die drei Empfehlungen des Regierungsrats wurden vom Gemeinderat und dem Fachausschuss zu Kenntnis genommen und werden entsprechend umgesetzt. Mit zehn Sitzungen pro Jahr besteht keine Zeit, sich um Details zu kümmern. Betreffend der Vermutung, dass die Empfehlungen des Regierungsrats zu wenig umgesetzt werden, verweist Frau Dumermuth auf den Jahresbericht, in dem alle im Fachausschuss behandelten Baugesuche aufgeführt sind. Während der Fachausschuss lediglich Empfehlungen ausstellt, werden Entscheidungen vom Bauinspektorat und der Direktionsvorsteherin getroffen. Frau Dumermuth ist

sich ihrer Führungsrolle und Verantwortung bewusst. Aus diesem Grund kommen nicht alle Empfehlungen des Fachausschusses zum Tragen. Es wird auf ein Schreiben des Architekturforums verwiesen, welches die Wichtigkeit des Gremiums und der daraus entstehenden Meinungsvielfalt bestätigt.

15. Postulat P 10/2017 betreffend Aufhebung der Fahrverbote für Fahrräder in der Innenstadt Thun

Martin Allemann (SP) und Mitunterzeichnende vom 24. August 2017; Beantwortung

Gemeinderat Konrad Hädener geht davon aus, dass Brücken, Schleusen und Personenpassagen im unteren Bälliz von der Aufhebung des Fahrverbots für Fahrräder ausgenommen sind, obwohl von einer Aufhebung sämtlicher Fahrverbote gesprochen wird. Sollte das Postulat wortwörtlich gemeint sein, plädiert der Gemeinderat auf Ablehnung.

Martin Allemann (SP), entschuldigt sich für die unklare Formulierung. Der Vorstoss hat zum Zweck, die gesamten Bestimmungen von 1990 zu überprüfen und zu überarbeiten. Die Aufhebung des Fahrverbots an engen Stellen und Brücken ist nicht Ziel des Postulates. Gewisse Fahrverbote machen durchaus Sinn. Herr Allemann freut sich über die Bereitschaft des Gemeinderates, die Bestimmungen zu überprüfen. Es wäre schade, wenn das Postulat abgelehnt und sich negativ auf das Gesamtverkehrskonzept auswirken würde.

Reto Schertenleib, **SVP/FDP-Fraktion**, kritisiert die absolut formulierte Forderung. Zum heutigen Zeitpunkt gelangen Fahrradfahrende an fast jeden Ort. Es gibt jedoch enge Stellen, die aus Sicherheitsgründen keine Aufhebung des Fahrverbots erlauben. Das Beispiel des Aarenquais kann nicht auf alle anderen Verbindungen und Wege übertragen werden. An gewissen Örtlichkeiten bewegen sich Familien mit Tieren und Kindern, die sich teilweise unberechenbar verhalten. Eine gegenseitige Rücksichtnahme ist zwar wünschenswert, aber unrealistisch. Es stellt sich die Frage, wie die Vertretung des Vereins Fussgängerverkehr die Lage beurteilt. Die Fraktion ist der Meinung, dass es eine vernünftige, den jeweiligen Örtlichkeiten situativ angepasste und keine generelle Regelung braucht. Da die Bedürfnisse von Fahrradfahrenden und anderen Verkehrsteilnehmenden im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts aufgenommen werden, ist kein weiterer Prüfauftrag an den Gemeinderat nötig. Es ist unklar, warum eine Ablehnung des Postulats die Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzeptes verhindern würde. Die Fraktion ist erstaunt über den Antrag zur Annahme des Gemeinderates, da der Antrag nicht mit der inhaltlichen Begründung übereinstimmt. Es wird darauf hingewiesen, dass bei einer Überweisung des Postulates einzig und alleine der Vorstosstext erheblich ist. Wer das Postulat annimmt, politisiert an einem grossen Teil der Bevölkerung vorbei. Auch die IGT spricht sich gegen das Anliegen aus. Die Fraktion lehnt das Postulat entschieden und einstimmig ab.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, freut sich über den Vorstoss und schliesst sich dem Gemeinderat an, obwohl das Postulat in seinem Wortlaut abgelehnt werden müsste. Fahrradfahrende werden gebeten, bei grösseren Menschenmengen vom Fahrrad zu steigen und sich rücksichtsvoll zu verhalten. Verbote werden durch einzelne wenige Extremisten ausgelöst. Die bestehende Freiheit für Fahrradfahrende am Aarequai würde durch einen Unfall verloren gehen.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, hat grundsätzlich keine Probleme mit der aktuellen Situation. Erfahrungen am Aarequai zeigen, dass sich trotz vielen vorbildlichen Fahrradfahrenden einzelne Personen nicht an die Regeln halten und das Bild zerstören. Es ist eine Illusion, dass eine Aufhebung des Fahrverbots in der Innenstadt mit den engen Platzverhältnissen funktionieren würde. Die Fraktion lehnt das Postulat ab. Im Falle einer Überweisung wird eine gleichzeitige Abschreibung beantragt.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, findet eine differenzierte Überprüfung im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts dringend nötig. An gewissen Stellen ist eine Aufhebung des Fahrverbots unrealistisch. Im unteren Bälliz hingegen sollte die Situation überprüft werden. Es wird hervorgehoben, dass der Schwächere immer Vortritt hat, auch im Strassenverkehr. Die Fraktion plädiert für die Annahme und Nichtabschreibung des Postulats.

Lukas Lanzrein (SVP) dankt Stadtrat Allemann für sein selbstkritisches Votum. Gemeinderat Hädeners Aussage, den Wortlaut nicht wörtlich zu nehmen, wird kritisiert. Der Vorstoss wird in der vorliegenden Form mit entsprechendem Text und einer Begründung überwiesen. Eine allgemeine Überprüfung des Fahrregimes in der Innenstadt kann unabhängig vom Postulat durch den Gemeinderat erfolgen. Dafür ist weder eine Überweisung, noch eine Nichtabschreibung erforderlich. Herr Lanzrein zitiert Leserbriefe, die sich negativ gegen die Formulierung des Vorstosses äussern. Die Fraktion wehrt sich nicht gegen eine partielle Prüfung, sondern gegen den Wortlaut des Postulats. Sollte der Vorstoss angenommen werden, folgt die Fraktion dem Antrag der BDP-Fraktion und unterstützt die gleichzeitige Abschreibung des Postulates.

Peter Aegerter (BDP) weist betreffend Formulierung darauf hin, dass der Gemeinderat zur Aufhebung sämtlicher Velo-Fahrverbote aufgefordert wird, nicht etwa nur zur Prüfung dessen. Dabei handelt es sich um einen massiven Unterschied. Entweder wird über den tatsächlich formulierten Inhalt oder über Mutmassungen abgestimmt.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, informiert im Namen von ProVelo über die Problematik am Aarenquai. Es stellt sich die Frage, wie die unzufrieden stellende Situation gelöst werden kann. Die Fahrmöglichkeit am Aarequai ist besonders für Familien mit Kindern wichtig. Im Gesamtverkehrskonzept wurden alle Verkehrsteilnehmenden angehört. Es handelt sich dabei um den richtigen Ort, um das Anliegen zu diskutieren. Herr Christen macht darauf aufmerksam, dass immer auf die schwächeren Verkehrsteilnehmenden Rücksicht genommen werden muss, auch im Strassenverkehr.

Sandra Rupp (SP) macht darauf aufmerksam, dass sie seit Januar 2018 kein Vorstandsmitglied von Fussverkehr Bern mehr ist und auch nicht als solches im Stadtrat vertreten ist.

Franz Schori (SP) weist darauf hin, dass es sich bei einem Postulat unabhängig von der Formulierung um einen Prüfauftrag handelt. Herr Schori erinnert an diverse Motionen, die in ein Postulat umgewandelt und als solches überwiesen wurden, ohne dass etwas an der Formulierung geändert wurde.

Thomas Hiltbold (Grüne) informiert über einige beunruhigte Reaktionen auf den Vorstoss. Kleine und enge Passagen dürfen nicht für Fahrradfahrende freigegeben werden. Herr Hiltbold stellt den Antrag um einen kurzen Sitzungsunterbruch.

Lukas Lanzrein (SVP) sind demokratiepolitische Argumente wichtig. Vorstösse werden nach ihrem Wortlaut beurteilt und überwiesen. Die Umwandlung einer Motion in ein Postulat ist nicht vergleichbar mit dem Sachverhalt. Eine Umwandlung eines Postulates während der Diskussion ist nicht vorgesehen. Die Fraktion wehrt sich nicht dagegen, das Anliegen zu prüfen. Es wird befürchtet, dass das Postulat durch seine Formulierung zu einem späteren Zeitpunkt missinterpretiert wird. Herr Lanzrein bittet die Ratsmitglieder, das Postulat abzulehnen oder zumindest abzuschreiben.

Martin Allemann (SP) entschuldigt sich für die unglückliche Formulierung. Herr Allemann ist zufrieden, dass sich niemand gegen das eigentliche Ziel des Postulates ausgesprochen hat. Er zieht das Postulat zurück und dankt für die rege Diskussion.

16. Postulat P 11/2017 betreffend Unterstützung bei der Lehrstellensuche von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Darshikka Krishnanantham (SP) und Mitunterzeichnende vom 26. Oktober 2017; Beantwortung

Darshikka Krishnanantham, **SP-Fraktion**, dankt für die ausführliche Antwort des Gemeinderates. Aus eigener Erfahrung ist sich Frau Krishnanantham den Herausforderungen der Lehrstellensuche bewusst. Ohne die Hilfe von Lehr- und Fachkräften, Freiwilligen sowie einer engagierten und solidarischen Stadt ist die Lehrstellensuche für Jugendliche mit Migrationshintergrund sehr schwierig. Es wird kritisiert, dass im Schreiben des Gemeinderates nicht alle vier Thuner Oberstufenschulen mit einbezogen werden. Die Bemühungen bezüglich Berufswahl in der Volksschule sind noch nicht flächendeckend. Eine permanente Zusammenarbeit zwischen den Eltern, Jugendlichen und Fachpersonen sowie der Bildung und Integrati-

on der Stadt ist erwünscht. Die Unterstützung sollte nicht erst in der neunten Klasse erfolgen. Eine Informationsveranstaltung für Eltern mit Fachpersonen, Übersetzenden und Freiwilligen zu Beginn der Oberstufe, organisiert durch die Stadt, ist erwünscht. Dabei können Bekanntschaften zwischen Schweizer- und Migranten-Eltern entstehen. Die bestehenden Unterstützungsangebote müssen zwingend ins Berufswahlkonzept der Oberstufenschulen integriert werden. Ausschreibungen für Lehrstellen in der Verwaltung der Stadt Thun sollen so formuliert sein, dass sich auch Jugendliche mit Migrationshintergrund angesprochen fühlen. Eine entsprechende Zusammenarbeit zwischen den Schlüsselpersonen der jeweiligen Vereine ist notwendig. Sie plädiert daher für die Annahme und Nichtabschreibung des Postulats.

Barbara Klossner-Beer, **SVP/FDP-Fraktion**, stellt fest, dass Thun diverse gute Angebote zur Verfügung stellt. Es ist wichtig, junge Menschen beim Einstieg in die Berufswelt zu begleiten. Als Grundsatz gilt, dass nicht der Staat, sondern primär die Jugendlichen und ihre Eltern für die Berufswahl verantwortlich sind. Die Gemeinde sorgt für den entsprechenden Support, was in Thun auf verschiedenen Ebenen geschieht. Diesbezüglich gibt es ein umfassendes und vielseitiges Angebot. Es handelt sich klar um eine Hol- und nicht um eine Bringschuld. Es wird hervorgehoben, dass alle Thuner Oberstufenschulen das Berufswahlkonzept umsetzen. Unabhängig von der Herkunft darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Verantwortung bezüglich Berufswahl bei den Jugendlichen liegt. Hilfsmittel, Anlaufstellen sowie Lehrstellen sind genügend vorhanden. Die Fraktion erachtet den Prüfauftrag als erfüllt und beantragt einstimmig die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulates.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass die vom Gemeinderat aufgelisteten Angebote auch tatsächlich umgesetzt und genutzt werden. Gemäss einem Lehrerkollegen für Fremdsprachige können Lehrpersonen beim BIZ ein Junior Coaching verlangen. Dabei stellt das BIZ den Jugendlichen und ihren Eltern eine Begleitperson zur Verfügung. Weiter wird über das berufsvorbereitende Schuljahr informiert, in dem fast alle Jugendlichen eine Lehrstelle finden. Bei Jugendlichen mit mehrfachen Schwierigkeiten besteht als weiteres Angebot die Möglichkeit eines persönlichen Case Managements, bei dem zusätzliche Fachpersonen beigezogen werden. Die Beispiele zeigen, dass die aufgelisteten Angebote auch wirklich genutzt werden. Herr Locher bestätigt, dass jede Oberstufenschule einen Berufswahlverantwortlichen beim BIZ hat, der mehrmals jährlich persönlich in die Schule kommt und unterstützt. Der Prüfauftrag des Gemeinderates wird als erledigt erachtet. Die Fraktion unterstützt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Susanna Ernst-Reusser, **BDP-Fraktion**, stellt fest, dass der Prüfauftrag positiv hervorhebt, wie viele verschiedene Angebote in Thun vorhanden sind. Es wird korrigiert, dass es bei allen Oberstufenschulen dieselben Grundangebote in Form von Deutsch-als-Zweitsprache sowie der Berufs- und Laufbahnberatung BIZ Bern gibt. Möglicherweise ist eine bessere Kommunikation gegen Aussen erforderlich. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und unterstützt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulates.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne**, dankt Stadträtin Krishnanantham für die eindrücklichen und persönlichen Schilderungen und dem Gemeinderat für die Zusammenstellung der Angebote. Die Fraktion unterstützt eine Annahme und Nichtabschreibung des Postulates. Chancengleichheit bleibt trotz bestehender Instrumente eine Vision. Weitere Optionen wie eine verbesserte Kommunikation oder eine Übersicht für Lehrpersonen und Eltern sollen geprüft werden. Anbietende von Lehrstellen werden zu maximaler Offenheit und Toleranz ermahnt. Es besteht trotz positivem Kurs noch Handlungsbedarf. Es ist unklar, ob bestehende Angebote optimal genutzt werden.

Gemeinderat Roman Gimmel weist darauf hin, dass die vielen bestehenden Angebote untereinander vernetzt sind. Der Vorstoss in seiner Formulierung kann unterschiedlich interpretiert werden. Das Postulat wurde als Auftrag verstanden, neue Angebote zu schaffen. Rückmeldungen betreffend Kommunikation wurden in der SAKO bereits aufgenommen. Bei Familien mit Migrationshintergrund ist teilweise eher das Bring- als das Holprinzip gefragt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Ausgangslage in den vergangenen Jahren verändert hat. Herr Gimmel informiert über die laufende Online-Mitwirkung zum Integrationsleitbild und lädt die Räte dazu ein, allfällige Inputs einzubringen.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es mit 24 : 12 Stimmen ab.

Mitteilungen

Stadtratssekretär Remo Berlinger liest sein Demissionsschreiben vor. Herr Berlinger tritt am 31. Mai 2018 in den Ruhestand. Am 1. Mai 2018 wird Christoph Stalder sein neues Amt als Vizestadtschreiber antreten. Remo Berlinger dankt für das Vertrauen und die gute und konstruktive Zusammenarbeit und bittet den Rat, dieses Vertrauen auch dem neuen Stadtratssekretär zukommen zu lassen. Ein besonderer Dank geht an den Gemeinderat, an Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller für die guten Unterlagen sowie an die Mitarbeiterinnen des Stadtratssekretariats für die Unterstützung. Für die Zukunft wünscht er dem Stadtrat alles Gute, viel Weisheit und Klugheit. (Applaus)

Stadtratssekretär Remo Berlinger liest das Demissionsschreiben von Stadträtin Sandra Rupp (SP) vor, welche auf den 15. Februar 2018 aus dem Rat zurücktritt.

Der Stadtratspräsident dankt Stadträtin Sandra Rupp mit anerkennenden Worten für ihre im Rat geleistete Arbeit und ihr grosses Engagement und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute. (Applaus)

Der Stadtratspräsident weist darauf hin, dass der Anmeldeschluss für den Skitag bis am 16. Februar 2018 verlängert wird.

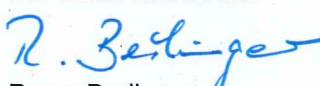
Eingänge

- Motion M1/2018 betreffend Anpassung Geschäftsreglement des Stadtrates betreffend Prüfungsberichte zu als erheblich erklärten Postulaten; SP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 15. Februar 2018
- Postulat P2/2018 betreffend den Empfehlungen des Regierungsstatthalters zur Arbeitsweise des städtischen Fachausschusses Bau- und Aussenraumgestaltung (FBA); Fraktion BDP und SVP/FDP vom 15. Februar 2018
- Postulat P3/2018 betreffend Stadt für Menschen statt für Maschinen; Samuel Bühlmann (SP) und Mitunterzeichnende vom 15. Februar 2018
- Interpellation I3/2018 betreffend gemeinnützigem Wohnungsbau; Reto Schertenleib (SVP), SVP/FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 15. Februar 2018
- Interpellation I4/2018 betreffend der Einführung der Betreuungsgutscheine in der Stadt Thun; SP-Fraktion vom 15. Februar 2018

Der Stadtratspräsident


Andreas Kübli

Der Stadtratssekretär


Remo Berlinger